



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2023

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion WEU

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen und Auflagen

Datum RR-Sitzung: 10. Januar 2024
Geschäftsnummer: 2022.STA.1788
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	5
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	6
5.	Planungserklärungen	11
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	14

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2023 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften,

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTION (WEU)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
039-2019 M	Ammann (Bern, AL) vom 04.03.2019 Klimanotstand - Delegation für den Klimaschutz schaffen	10.09.2019 Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: zurückgezogen	31.12.2021	Zur Umsetzung des Postulats sollen primär die bestehenden Gremien und Prozesse genutzt und – soweit nötig – optimiert werden. Die WEU hat bereits heute im Rahmen der Massnahmenplanung für die Energiestrategie und der Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel eine direktionsübergreifende koordinierende Rolle inne. Im Rahmen der Projektplanung für einen Aktionsplan «new green Deal Kanton Bern» hat sich gezeigt, dass für die Erarbeitung der Rahmenstrategie Anpassung Klimawandel eine strategische Begleitgruppe auf Stufe der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der hauptbetroffenen Direktionen unter Leitung der WEU notwendig ist. Der Regierungsrat erachtet hingegen die Bildung einer regierungsrätlichen Delegation als nicht zielführend, da die politischen Diskussionen besser im Gesamtgremium geführt, gleichzeitig aber die Geschäfte strategisch gut koordiniert auf Ebene der Verwaltung vorbereitet werden. Dank der erwähnten Begleitgruppe auf höchster Verwaltungsebene ist dies sichergestellt. Sobald die erforderlichen personellen Ressourcen gesprochen sind, werden auch die weiteren Aufgaben zur Umsetzung des Verfassungsartikels Klima in analoger Weise geführt. Damit werden die als Postulat überwiesenen Prüfaufträge umgesetzt.
011-2019 M	BAK (Klausen, Bern) vom 07.02.2019 Strategische Baulandreserven für den Kanton Bern	05.12.2019 Annahme als Postulat	31.12.2021	Der Bericht liegt vor und wurde in der Wintersession 2023 im Grossen Rat behandelt.
166-2019 M	Gabi Schönberger (Schwarzenburg, SP) vom 12.06.2019 Rauchfreie öffentliche Kinderspielflächen und Schulareale im Kanton Bern	03.03.2020 Annahme als Postulat	31.12.2022	Der Bericht liegt vor und wurde in der Herbstsession 2023 im Grossen Rat behandelt.
171-2019 M	Aebi (Hellsau, SVP) vom 13.06.2019 Biodiversität – Alle müssen Beitrag leisten.	03.03.2020 Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Postulatsbericht wurde in der Herbstsession 2023 vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen und mit Planungserklärungen ergänzt.
195-2020 M	Gerber (Schüpfen, BDP) vom 14.06.2020 Keine Querfinanzierung durch SITEM	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Dass in den Räumen der sitem-insel AG ausschliesslich translationale Medizin betrieben wird, ist sichergestellt, es besteht kein Handlungsbedarf. Seit 2023 wird neu ein Mieter-Translationskoeffizient erhoben, der jährlich Auskunft gibt, inwiefern in den Räumen der sitem-insel AG ausschliesslich translationale Medizin betrieben wird. Vgl. Inno-Meter Report 2022 (sitem-insel.ch). Der Vorstoss wird darauf gestützt zur Abschreibung beantragt.
276-2020 M	Graf (Interlaken, SP) vom 23.11.2020 Soforthilfe für den Tourismus	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Eine Neuordnung der Tourismusfinanzierung – und in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit eines Instrumentariums für die Bewältigung grösserer Krisen im Tourismus – wurde mit Unterstützung des Centers for Regional Economic Development (CRED) der Universität Bern geprüft. Auf eine Neuordnung der Tourismusfinanzierung wird bis auf Weiteres verzichtet, da sich die notwendigen Massnahmen zur Kompensation von Ertragsausfällen der Destinationen und der Made in Bern AG in den Jahren 2020–2022 als tauglich erwiesen haben und kurzfristig in Notlagen anwendbar sind.

171-2020 P	Grüne (Kohler, Meiringen) vom 09.06.2020 Solaroffensive: Dezentrale Speichermöglichkeiten fördern	18.03.2021 Annahme	31.12.2023	Die Erkenntnisse der Studie «Energiespeichertechnologien, Kurzübersicht 2021» des BFE gelten für eine finanzielle Förderung auch heute noch: die Technologien sind nach wie vor überwiegend in Entwicklung und/oder in der Pilot-/Demonstrationsphase, sie sind nicht marktreif und damit heute noch nicht geeignet für eine massentaugliche Förderung auf dem Markt etablierter Speichertechnologien. Im Rahmen der periodischen Überarbeitung des kantonalen Förderprogrammes wird der Regierungsrat die Fördermöglichkeiten für dezentrale Energiespeicher weiterhin prüfen. Die Umsetzung der Massnahme 20-10 «Saisonale Wärmespeicherung fördern» wird im Rahmen der Berichterstattung zur kantonalen Energiestrategie weiterhin verfolgt. Das Postulat kann deshalb abgeschrieben werden.
227-2020 M	SP-JUSO-PSA (Bauer, Wabern) vom 07.09.2020 Gleich lange Spiesse für alle: Uber Eats muss Gesetze einhalten	15.06.2021 Annahme	31.12.2023	Was die Thematik des Personalverleihs betrifft, kommt das Bundesgericht mit Entscheid vom 30. Mai 2022 zum Schluss, dass beim Geschäftsmodell von Uber Eats kein Personalverleih vorliegt. Gemäss einem weiteren Bundesgerichtsurteil zu Uber Eats vom 16. Februar 2023 ist die niederländische Firma UBER B.V. als Arbeitgeberin der Uber-Fahrerinnen und -Fahrer für die Entrichtung der Sozialversicherungsleistungen verantwortlich. Den Vollzug übernimmt schweizweit die SVA Zürich, welche auch das Verfahren über den sozialversicherungsrechtlichen Status der Fahrerinnen und Fahrer geführt hat. Mit den beiden Bundesgerichtsentscheiden sind die offenen rechtlichen Fragen beantwortet und die Anliegen der Motion können im Vollzug durch die Kontrollstelle für den L-GAV des Gastgewerbes erfüllt werden. Der aktuelle Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes gilt auch für Uber-Eats-Kuriere, da Betriebe, die fertig zubereitete Speisen ausliefern, gastgewerblichen Betrieben gleichgestellt sind.
123-2021 M	Flück (Interlaken, FDP) vom 07.06.2021 Kompensationsmassnahmen zum Fluglärm in der Region Oberer Brienzersee-Haslital	09.09.2021 Annahme	31.12.2023	Der Austausch mit dem VBS, den betroffenen Gemeinden, dem Motionär und dem Kanton ist erfolgt und die Anliegen der Motion konnten beim VBS eingebracht werden. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf.
317-2020 M	Steiner (Boll, EVP) vom 03.12.2020 Mit Ladestationen – dort wo sie fehlen – nachhaltige Elektromobilität fördern	13.09.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität sollen sukzessive verbessert werden. Dazu gehört auch der Aufbau der notwendigen Infrastruktur. Mit der Teilrevision der Kantonalen Energiegesetzgebung erfolgte eine indirekte Anpassung des Baugesetzes per 1.1.2023. Bei Neubauten ist ein angemessener Teil der Parkplätze für die Elektromobilität vorzubereiten oder auszurüsten. Firmen werden mit Förderbeiträgen unterstützt, wenn sie eine Ladestation errichten wollen. Gemeinden sind als Vorbilder aufgerufen, öffentliche Ladestationen zur Verfügung zu stellen. Damit sind die Forderungen des Postulates umgesetzt.
044-2021 M	Kohler (Meiringen, Grüne) vom 16.03.2021 Rahmenbedingungen für Wasserstoff-Grossproduktion klären	13.09.2021 Annahme	31.12.2023	Die geforderten Massnahmen bedingen aufwändige rechtliche und technische Abklärungen. Der Kanton Bern hat sich deshalb an einer umfassenden Studie zur Abklärung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förderinstrumente zur Wasserstoffwirtschaft beteiligt. Die Studie ist veröffentlicht. Weil aktuell eine übergeordnete Strategie auf nationaler Ebene fehlt, wurden im Sommer 2023 die Kantone diesbezüglich vorstellig beim Bundesrat und haben zum raschen Handeln aufgefordert. Im Kanton Bern werden mehrere Projekte für die Nutzung und Bereitstellung von Wasserstoff vorangetrieben. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.
054-2021 M	Mentha (Liebefeld, SP) vom 17.03.2021 Förderung von Infrastrukturen für den wasserstoffbetriebenen Schwerverkehr	13.09.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Im Rahmen der periodischen Überarbeitung des kantonalen Förderprogrammes prüft der Regierungsrat die Fördermöglichkeiten für Wasserstofftankstellen und Wasserstoffproduktionsanlagen im Hinblick auf die verschiedenen Verkehrsmittel unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel.
088-2021 M	Gerber (Reconvilier, EVP) vom 17.05.2021 Stopp der Verschwendung von Proteinen aus Schlachtabfällen – Ersatz von Soja	16.03.2022 Punktwise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Bund hat am 18. September 2023 die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über tierische Nebenprodukte (VTNP) eröffnet. Mit dieser Revision werden Lockerungen des Verfütterungsverbots von Proteinen aus Schlachtabfällen vorgeschlagen. Die geplanten Änderungen sehen vor, dass das Verfüttern verarbeiteter Proteine von Geflügel an Schweine und umgekehrt von Schweinen an Geflügel wieder möglich sein soll. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier sind Vorgaben für die Trennung der Produktionsketten vorgesehen. Diese wurden bei der Ausarbeitung der Revisionsvorlage in Arbeitsgruppen mit Vertreter und Vertreterinnen aus den betroffenen Branchen und Organisationen besprochen. Der Regierungsrat unterstützt die vorgeschlagene Lockerung des Verfütterungsverbots.
148-2021 M	Graf (Interlaken, SP) vom 16.06.2021 Der Kanton Bern wird touristisch konkurrenzfähig	16.03.2022 Adoption	31.12.2024	Koordiniert durch das Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination (AOV) haben externe Experten (Rapp AG, Basel) unter Beizug von Vertretern aus dem öffentlichen Verkehr und der Tourismusbranche auf Basis des Libero-Tarifverbundsystems Optionen für eine kantonale Gästekarte erörtert und berechnet. Dabei wurden Gesamtkosten von jährlich CHF 55 Mio. ermittelt. Zu deren Finanzierung müsste die kantonale Beherbergungsabgabe von heute CHF 1 auf CHF 8 erhöht werden – was nicht realistisch ist. Zudem würden mit einem solchen Angebot die vorhandenen lokalen Gästekarten sowie ebenfalls vorhandene touristische ÖV-Regionalpässe konkurrenziert. Auf eine Weiterführung des Projekts wird deshalb verzichtet.
036-2021 P	Baumann (Münsingen, EDU) vom 11.03.2021 Marktgerechte Stromtarife	15.03.2022 Annahme	31.12.2024	Die BKW hat ihren Tag-/Nachtтарif aufgehoben und damit eine geforderte Anpassung vorgenommen. Mit weiteren Anpassungen und Marktpreisgestaltungen nach den Vorgaben der Elcom sind die Strompreise weiter dem Markt angepasst worden. Die Forderungen des Postulats sind damit erfüllt.

238-2021 M	Baumann (Münsingen, EDU) vom 29.11.2021 Versorgungssicherheit im Kanton Bern stärken	12.09.2022 Annahme	31.12.2024	Der Regierungsrat des Kantons Bern hat im August 2022 den Sonderstab Energiemangel eingesetzt. Dieser hat den Auftrag, sämtliche Informationen des Bundes, interkantonalen Gremien, der Energieversorger und kantonaler Stellen zu bündeln, die Szenarien und Massnahmen mit dem Bund abzusprechen und alle Massnahmen im Zusammenhang mit dem möglichen Energiemangel auf kantonaler Stufe zu koordinieren. Die Absprache und der Informationsaustausch mit den Gemeinden gehören ebenso zu den Aufgaben des Sonderstabs wie die Koordination der Information an die Bevölkerung. Der Sonderstab berichtet regelmässig an den Regierungsrat und bereitet dessen Entscheide vor. Mittlerweile wurde von Bund und Kanton die notwendigen Massnahmen für die Versorgungssicherheit in die Wege geleitet, womit die Forderungen des Postulats erfüllt sind.
079-2022 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 17.03.2022 Den Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Schweizer Zucker erhalten	01.12.2022 Annahme	31.12.2024	Der Regierungsrat reichte die Standesinitiative mit dem RRB 136/2023 am 15. Februar 2023 bei der Vereinigten Bundesversammlung ein.
101-2022 P	Wandfluh (Kandergrund, SVP) vom 03.06.2022 Weiterführende Finanzierung der vom Bund zusätzlich beschlossenen Herdenschutzmassnahmen für den Alpsommer 2022	09.03.2023 Annahme	31.12.2025	Der Bund passte seine Palette der Sofortmassnahmen und deren massgebende Finanzierung im Alpsommer 2023 nur unwesentlich an und der Kanton setzte dies gemäss dem bewährten dreistufigen Konzept um.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTION (WEU)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
265-2021 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 08.12.2021 Klimaschutz als Chance nutzen – Green New Deal für den Kanton Bern	14.06.2022 Annahme	31.12.2024	Das Projekt ist mangels Personalressourcen im Verzug. Ein entsprechender Aktionsplan ist (unter Vorbehalt zusätzlicher Personalressourcen) erst Ende 2025 realistisch.	F1
181-2020 M	Seiler (Trubschachen, Grüne) vom 10.06.2020 Gleichstellung aller nichtforstlichen Kleinbauten	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Die Bearbeitung hat sich aufgrund organisatorischer Veränderungen und personeller Engpässe im entsprechenden Bereich des Amtes für Wald und Naturgefahren verzögert. Bis Mitte 2024 wird der Bericht zum Ergebnis der Postulatsprüfung vorliegen.	F1

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTION (WEU)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
238-2019 M	Riem (Iffwil, BDP) vom 10.09.2019 Mehr Biodiversität im Wald und am Waldrand	09.06.2020 Punktweise beschlos- sen Punkt 1: Annahme und gleichzeitige Abschrei- bung Punkt 2-4: Annahme	31.12.2024	Die konzeptionellen Arbeiten zur wirksameren Förderung der Waldbiodiversität wurden 2022 abgeschlossen. Die Finanzierung der Massnahmen wird mit Blick auf die neue NFA-Programmvereinbarung mit dem Bund geprüft. Die Zuweisung von Staatswaldflächen zur Naturschutzfunktion wurde auf Basis neuer Grundlagen überprüft, angepasst und insgesamt leicht erhöht.
247-2019 M	Gerber (Reconvillier, EVP) vom 11.09.2019 Neophyten und unerwünschte Pflanzen wirksam be- kämpfen	09.06.2020 Punktweise beschlos- sen Punkt 1a: Annahme Punkt 1b: Annahme Punkt 1c: Annahme Punkt 2: Annahme	31.12.2024	Im Rahmen eines Projekts an der Wyss Academy wurde ein Masterplan Neobiota erarbeitet. Der Masterplan wurde Ende 2022 fertig gestellt und mögliche Umsetzungsvarianten befinden sich nun in Evaluation.
053-2021 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 17.03.2021 Erneuerbare Energie im Kanton Bern ist der Regierung nicht nur das Papier wert	15.03.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1a: Annahme Ziffer 1b: Annahme Ziffer 1c: Annahme als Postulat Ziffer 1d: Annahme Ziffer 2: Annahme	31.12.2024	In Zusammenhang mit der Solarinitiative wurde die Umsetzung der Motion sowohl im Rahmen des Gegenvorschlags der Regierung als auch des Parlaments geprüft. Die Behandlung des Geschäfts im Grossen Rat ist abzuwarten.
136-2021 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 14.06.2021 Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft im Kanton Bern	16.03.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschrei- bung Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: zurückgezogen Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Das Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) und der Berner Bauern Verband (BEBV) haben eine Trägerschaft zur Erarbeitung des Konzepts «Berner Umwelt-, Ernährungs- und Klimaprojekt» gegründet. Das Konzept wird in einem par- tizipativen Prozess unter Einbezug der relevanten Akteure erstellt.
139-2021 M	Vanoni (Zollikofen, Grüne) vom 15.06.2021 Biotope besser schützen, Moore vermehrt aufwerten – zum Wohl von Biodiversität und Klima	16.03.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Wird im Rahmen der Umsetzung des Sachplans Biodiversität und der Wyss Academy-Projekte LANAT-4 und LANAT-5 bearbeitet. Ein limitierender Faktor ist dabei die Verfügbarkeit von Moorexpertinnen und -experten.

141-2021 M	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne) vom 15.06.2021 Ökologische Infrastruktur: Festlegen von Planung und Zielen	16.03.2022 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme und Abschreibung als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Fachplanung Ökologische Infrastruktur wurde gemäss Vorgabe dem Bund im April 2023 zur Prüfung eingereicht. Eine Rückmeldung ist für Herbst 2023 und die Finalisierung für Ende 2023/Anfang 2024 vorgesehen. Die Grundlagen für die ökologische Infrastruktur im Wald wurden erarbeitet und finalisiert. Es wurden bestehende oder potentielle Kern-, Vernetzungs- und Schwerpunkträume identifiziert. Die Umsetzung erfolgt mit der Regionalen Waldplanung (RWP) und wird damit behördenverbindlich konkretisiert.
149-2021 M	Kohler (Meiringen, Grüne) vom 16.06.2021 Verbesserung bei der Naturschutzaufsicht	16.03.2022 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Einführung von Ordnungsbussen für kleinere Verstösse gegen das Naturschutzrecht wird in der geplanten Revision des Naturschutzgesetzes aufgenommen. Eine klarere Trennung von professionalisierten Aufseherinnen und Aufseher (Wildhut, Fischereiaufsicht und Kantonspolizei) und von Rangerinnen und Rangern wird mit einem Sensibilisierungsauftrag innerhalb der Budgetmöglichkeiten angestrebt.
157-2021 M	Wandfluh (Kandergrund, SVP) vom 17.06.2021 Rodungersatz in Gebieten mit zunehmender Waldfläche	16.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die neuen LiDAR-Daten des Bundes stehen dem Kanton Bern erst im Verlauf des Jahres 2024 zur Verfügung, um die Ausscheidung von «Gebieten mit zunehmender Waldfläche» nach den Vorgaben des Bundes vorzunehmen. Weitere Massnahmen sind in Prüfung.
199-2021 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 13.09.2021 Aktualisierung der Adaptationsstrategie Klimawandel Kanton Bern	13.06.2022 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 1: Ablehnung Abschreibung Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Zur Umsetzung des neuen Klimaartikels 31a in der Kantonsverfassung und diverser politischer Vorstösse wird aktuell eine «Rahmenstrategie Anpassung Klimawandel (RAK)» erarbeitet, abgestimmt auf die bzw. ergänzend zu den bereits vorhandenen klimarelevanten kantonalen Strategien.
234-2021 M	Wandfluh (Kandergrund, SVP) vom 29.11.2021 Entschädigung für Biberschäden an Infrastrukturen	12.09.2022 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2 Annahme und gleichzeitige Abschreibung Ziffer 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2024	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).
247-2021 M	Imboden (Bern, Grüne) vom 30.11.2021 Soziale und wirtschaftliche Situation von Frauen in der Landwirtschaft im Kanton Bern	12.09.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Frauen in der Landwirtschaft trägt die vom, Regierungsrat unterstützte Umsetzung der Agrarpolitik 2022 bei. Neu ist eine der Voraussetzungen für Direktzahlungen der persönliche Sozialversicherungsschutz für regelmässig im Betrieb mitarbeitende Personen. Das können zum Beispiel Ehegatten sowie Partnerinnen und Partner sein. Mit der Revision des Landwirtschaftsgesetzes soll eine bessere Absicherung im Scheidungsfall angestrebt werden. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen, ist aber nicht überzeugt, dass die vorgeschlagene Lösung dafür ausreichend ist und hat eine weitere Überarbeitung vorgeschlagen. Der Regierungsrat sieht die Prüfung der Auswirkungen von Revisionen auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Frauen in der Landwirtschaft als eine Daueraufgabe an.

087-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 24.03.2022 Ausstieg aus dem Gas – auch im Kanton Bern	12.09.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3 Annahme und gleichzeitige Abschrei- bung Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden in 2022 umgehend gestartet. Punkt 5 wurde mit der Teilrevision des Kantonalen Energiegesetzes per 1.1.2023 umgesetzt.
258-2021 M	Wandfluh (Kandergrund, SVP) vom 07.12.2021 Grasland-Potential im Rahmen von Klimaschutz, Bo- denschutz und Biodiversität nutzen	13.09.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Das Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) und der Berner Bauern Verband (BEBV) haben eine Trägerschaft zur Erarbeitung des Konzepts «Berner Umwelt-, Ernährungs- und Klimaprojekt» gegründet. Das Konzept wird in einem par- tizipativen Prozess unter Einbezug der relevanten Akteure erstellt.
261-2021 M	Imboden (Bern, Grüne) vom 08.12.2021 Die öffentlichen Finanzflüsse gemäss Kantonsverfas- sung auf Klimaschutz und Klimaresilienz ausrichten	13.09.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Bestandsaufnahme und die Handlungsräume werden zurzeit in einem Bericht zusammengefasst. Zusammen mit der Regierungskonferenz der NWCH werden im Rahmen der Klima-Charta Leitsätze für den Umgang mit öffentlichen Finanzflüssen erarbeitet.
272-2021 M	Vanoni (Zollikofen, Grüne) vom 09.12.2021 Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Land- und Ernäh- rungswirtschaft vorwärts machen!	13.09.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Das Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) und der Berner Bauern Verband (BEBV) haben eine Trägerschaft zur Erarbeitung des Konzepts «Berner Umwelt-, Ernährungs- und Klimaprojekt» gegründet. Das Konzept wird in einem par- tizipativen Prozess unter Einbezug der relevanten Akteure erstellt.
053-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 09.03.2022 Solarpflicht für grosse offene Parkierungsanlagen	01.12.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Umsetzung der Motion wurde im Rahmen des Gegenvorschlages der Regierung bzw. des Parlamentes geprüft. Die Behandlung im Grossen Rat ist abzuwarten.
113-2022 M	Wenger (Spiez, EVP) vom 08.06.2022 Post-Corona-Massnahmen für die Gastrobranche	01.12.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Verschiedene Projekte zur Entlastung der Gastronomie sind in Arbeit: Per Ende 2023 soll der Prozess der gastge- werblichen Einzelbewilligung digital abgewickelt werden können. Zudem ist vorgesehen, auch die Überzeitbewilli- gungen in der Gastronomie zu digitalisieren.
161-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 05.09.2022 Überarbeitung der Energierichtpläne	01.12.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen.
167-2022 M	Flück (Interlaken, FDP) vom 05.09.2022 Differenzierte Rahmenbedingungen festlegen bei Einschränkungen in Wildschutzgebieten im Berggebiet	01.12.2022 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Ablehnung Ab- schreibung Ziffer 2: Annahme	31.12.2024	Die Änderung der Wildtierschutzverordnung wird überarbeitet und dabei die Stossrichtung der Motion geprüft.
168-2022 M	Kohler (Meiringen, Grüne) vom 05.09.2022 Pilotprojekt für schwimmende Solarkraftwerke auf Ber- ner Seen	01.12.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen. Ein juristisches Gutachten zur Bewilli- gungsfähigkeit entsprechender Anlagen liegt bis Ende 2023 vor.

180-2022 M	SVP (Knutti, Weissenburg) vom 05.09.2022 Energiekrise - Jetzt Massnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage ergreifen und prüfen	01.12.2022 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2024	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen.
052-2022 P	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 09.03.2022 Potenzial der solaren Fernwärme im Kanton Bern	06.12.2022 Annahme	31.12.2024	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats konnten mangels Personalressourcen noch nicht aufgenommen werden.
123-2022 M	Martin (Ligerz, Grüne) vom 14.06.2022 Nachhaltiger Umgang mit der Kormoran-Population	06.12.2022 Annahme	31.12.2024	Die Umsetzung dieser Motion wird mit einem moderierten, partizipativen Prozess und der Erarbeitung der Fachgrundlagen und Berichte angegangen.
133-2022 M	Riesen (La Neuveville, ES) vom 14.06.2022 Lokale und saisonale Produkte bevorzugen	08.03.2023 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Anliegen der Motion werden im Rahmen der «Berner Bio-Offensive 2025» (BBO25) umgesetzt. BBO25 sensibilisiert und informiert Konsumentinnen und Konsumenten, vernetzt verschiedene Akteurinnen und Akteure untereinander und entwickelt innovative Geschäftsmodelle und Produkte, um die Verwendung biologischer – und damit lokaler und saisonaler – Produkte in Schulen und in der (Gemeinschafts-)Gastronomie zu erhöhen. Das Teilprojekt Ernährung und Bildung zielt unter anderem konkret auf Projekte im Bereich der Gemeinschaftsgastronomie.
134-2022 M	Mentha (Liebefeld, SP) vom 14.06.2022 Gebäudesanierungen statt Ersatzneubauten zugunsten des Klimaschutzes und der Mieterinnen und Mieter	09.03.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten konnten mangels Personalressourcen noch nicht aufgenommen werden.
135-2022 M	Martin (Gerolfingen-Täuffelen, EDU) vom 14.06.2022 Vernetzung Fachwissen 3+	09.03.2023 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Ablehnung als Postulat Ziffer 3: Ablehnung als Postulat Ziffer 4: Ablehnung	31.12.2025	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).
029-2023 M	Riem (Iffwil, Die Mitte) vom 06.03.2023 Strategie Wald-Wild-Lebensraum	13.06.2023 Annahme	31.12.2025	Das Amt für Wald und Naturgefahren und das Amt für Landwirtschaft und Natur erarbeiten in einem partizipativen Prozess eine Strategie Lebensraum Wald-Wild. Auf dieser Basis sollen anschliessend die bestehenden Massnahmen der beiden Ämter als Gesamtsystem weiterentwickelt und umgesetzt werden.
035-2023 M	Müller (Orvin, SVP) vom 06.03.2023 Hilfe bei durch öffentliche Bauarbeiten verursachten Härtefällen	13.06.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).
197-2022 M	Stampfli (Bern, SP) vom 13.09.2022 Masterplan Fernwärme	14.06.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten konnten mangels Personalressourcen noch nicht aufgenommen werden.
200-2022 M	FDP (Reinhard, Thun) vom 13.09.2022 Verbesserung des Ressourcenpotentials durch Stärkung der Wirtschaftskraft	14.06.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung der Motion wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).
253-2022 M	Aebi (Hellsau, SVP) vom 28.11.2022 Wildregulierung nach den gesetzlichen Vorgaben des Kantons Bern	12.09.2023 Annahme	31.12.2025	Das Amt für Wald und Naturgefahren (AWN) ist unter Mitarbeit des Amtes für Landwirtschaft und Natur (LANAT) daran, die existierenden Konzepte und Massnahmen zu bündeln und diese auf das Fundament einer neuen umfassenden Strategie Lebensraum Wald-Wild zu stellen (vgl. M 029-2023).

121-2023 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 05.06.2023 Inforama: effizient, nachhaltig und dezentral	12.09.2023 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme Ziffer 5: Annahme Ziffer 6: Annahme als Postulat	31.12.2025	Im Rahmen der Bearbeitung der Auflagen der Nutzerstrategie INFORAMA werden auch die Arbeiten an der Motion angegangen.
071-2023 P	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 15.03.2023 Subsidiäre Finanzierungsmodelle für energetische Gebäudesanierungen	30.11.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).
155-2023 M	Blatti (Oberwil i. S., EDU) vom 15.06.2023 Dezentrale Ausbildungsinfrastruktur für Feuerwehr und Zivilschutz erhalten	30.11.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Postulats wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023)

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTION (WEU)					
Richtlinien der Regierungspolitik 2019 - 2022		zu Ziel 1	Im Ziel 1 („Innovations- und Investitionsstandort“) werden die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nur in einem Projekt erwähnt. Der Regierungsrat wird aufgefordert, weitere spezifische Massnahmen zu treffen, damit der Kanton Bern für die Ansiedlung und Firmengründungen von KMU attraktiver wird. Als Ziel soll der Kanton Bern führender KMU-Standort der Schweiz werden.	Der Kanton Bern ist schon heute einer der bedeutendsten KMU-Standorte der Schweiz (Platz 2 hinter ZH, gemessen an der Anzahl KMU) und attraktiv für bestehende und neue Unternehmen im Bereich der Hochpräzisionsfertigung, der Medizinaltechnik, der ICT und weiterer Branchen. Die Standortförderung Kanton Bern sorgt dabei mit ihren Unterstützungsmassnahmen insbesondere auch bei den bestehenden Unternehmen für eine innovationsgetriebene Weiterentwicklung im gesamten Kantonsgebiet. Punktuelle Verbesserungen der Rahmenbedingungen werden laufend geprüft und, wo nötig und sinnvoll, umgesetzt (KMU Coaching von be-advanced, Promotionsauftrag des Regierungsrats für die Vermittlung von kantonseigenen Grundstücken, etc.).	erledigt
Energiesstrategie 2006; Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011–2014 sowie neue Massnahmen 2015–2018	18.11.2015		Planungserklärung 3: Der Regierungsrat strebt an, bei der Umsetzung der Energiestrategie, den Bau von privaten und öffentlichen Ladestationen für Elektromobilität zu begünstigen.	Erste Ladestationen im öffentlichen Raum wurden erstellt, ebenso innerhalb der kantonalen Verwaltung. In Art. 91b1 der Bauverordnung (BauV; BSG 721.1) wurde eine Anforderung für verkehrsintensive Vorhaben betreffend Ladestationen aufgenommen. Demnach sind Betreiberinnen und Betreiber verkehrsintensiver Vorhaben dazu verpflichtet, Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu bauen und zu betreiben. Seit Sommer 2019 wird der Bau von öffentlich zugänglichen Ladestationen bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch das kantonale Energieförderprogramm unterstützt. Mit der Teilrevision der Kantonalen Energiegesetzgebung per 1.1.2023 erfolgte eine indirekte Anpassung des Baugesetzes. Bei Neubauten ist neu ein angemessener Teil der Parkplätze für die Elektromobilität vorzubereiten oder auszurüsten.	erledigt
			Planungserklärung 5: Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung die längerfristige Kompensation der mutmasslichen Stromlücke nach der Abschaltung vom KKW Mühleberg mit einheimischer, erneuerbarer Energie an.	Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes (KE nG) ist per 1.1.2023 in Kraft getreten und beinhaltet mehrere Massnahmen um die wegfallende Produktion des KKW Mühleberg durch Stromproduktion auf und an Gebäuden zu ersetzen.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 6: Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung die Versorgungssicherheit aus einheimischer Stromproduktion an.	Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes (KE nG) ist per 1.1.2023 in Kraft getreten und beinhaltet mehrere Massnahmen um die Versorgungssicherheit mittels einheimischer Stromproduktion zu erhöhen.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 9: Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung der Energiestrategie das Wachstum der Elektromobilität im Kanton Bern an.	Massnahmen zur Förderung der Elektromobilität wurden umgesetzt (Ladestationen bei verkehrsintensiven Vorhaben, Einsatz von Elektroautos in der kantonalen Verwaltung). Seit Sommer 2019 wird der Bau von öffentlich zugänglichen Ladestationen bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch das kantonale Energieförderprogramm unterstützt. Zudem werden seit 2019 Ladestationen für Elektrobusse von öffentlichen Verkehrsbetrieben subventioniert. Das Angebot wird rege genutzt. So sind einige Buslinien elektrifiziert worden und die ÖV-Unternehmen planen weitere Buslinien zu elektrifizieren. Die Teilrevision des Kantonalen Energiegesetzes (KE nG) ist per 1.1.2023 in Kraft getreten und beinhaltet Massnahmen um das Wachstum der Elektromobilität zu fördern. Die Revision der Motorfahrzeugsteuer hat Anreize für die Elektromobilität beinhaltet und wurde leider am 13. Februar 2022 vom Stimmvolk abgelehnt. Im Rahmen der Berichterstattung zur Energiestrategie wird das entsprechende Bereichsziel überprüft und voraussichtlich den deutlich veränderten Rahmenbedingungen angepasst.	In Erarbeitung

Energiestrategie 2006. Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2015-2019 sowie neue Massnahmen 2020-2023	09.03.2021		Planungserklärung 1: Der Regierungsrat zeigt detailliert auf, wo er im Zusammenhang mit der Überprüfung der Energiestrategie bei der Erarbeitung eines Masterplans Klimaschutz steht.	Der Zusammenhang mit dem Klimaschutz wird im «Masterplan Dekarbonisierung» aufgezeigt werden. Die Arbeiten dazu wurden aufgrund fehlender Ressourcen zurückgestellt.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 2: Zu Kapitel 1.1: Der Regierungsrat überarbeitet in der nächsten Planungsperiode die Grundsätze und die strategischen Ziele sowie sämtliche Teilstrategien, so dass sie mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 kompatibel sind.	Der Auftrag wird im Rahmen der Berichterstattung 2020 -2023 umgesetzt. Die Arbeiten dazu wurden aufgrund fehlender Ressourcen zurückgestellt.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 2a: Zu Kapitel 4.3: Der Regierungsrat zeigt Möglichkeiten auf, wie künftig Wasserstoffmobilität ausgebaut und gefördert werden kann.	Die Möglichkeiten bezüglich des Ausbaus werden geprüft. Bezüglich der Förderung sind im Rahmen der Budgetplanung entsprechende Mittel einzustellen.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 3: Zu Kapitel 4.4: Es ist aufzuzeigen, mit welchen Ausbauschritten bei den erneuerbaren Energien die Produktion von Mühleberg im Kanton Bern substituiert werden kann und es sind Massnahmen zu definieren, um das angestrebte Ziel zu erreichen.	In der Massnahmenplanung 2020 – 2023 sind diverse Massnahmen dazu beschlossen worden. Einen wichtigen Beitrag liefert dabei die Teilrevision des KEnG, welche per 1.1.2023 in Kraft getreten ist. Der Auftrag wird im Rahmen der Berichterstattung 2020 -2023 umgesetzt.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 4: Zu Kapitel 4.4: Der Regierungsrat legt in seinen Bereichszielen - aufgrund der steigenden Wichtigkeit von Solarenergie - ein ehrgeiziges messbares Teilziel für Solarenergie fest, welches auch mit entsprechenden zielführenden Massnahmen hinterlegt wird.	In der Massnahmenplanung 2020 – 2023 sind diverse Massnahmen dazu beschlossen worden. Einen wichtigen Beitrag liefert dabei die Teilrevision des KEnG, welche per 1.1.2023 in Kraft getreten ist. Der Auftrag wird im Rahmen der Berichterstattung 2020 -2023 umgesetzt.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 5: Zu Kapitel 4.5: Die Entwicklung des Wärmebedarfs ist detailliert aufzuzeigen; aufgeteilt auf den Bedarf durch die Erweiterung des Gebäudeparks und den Bedarf der Bestandesbauten.	Mit der laufenden Weiterentwicklung der Energie- und Klimadatenplattform des Kantons Bern werden die Entwicklungen im Gebäudepark auch in Bezug auf den Wärmebedarf künftig darstellbar und transparent.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 6: Zu Kapitel 4.5: Der Regierungsrat definiert, welche zahlenmässige Erhöhung der Sanierungsrate (Wärmeerzeugung und Energienutzung) er in den nächsten Planungsperioden anstrebt und mit welchen Massnahmen er dies erreichen kann.	In der Massnahmenplanung 2020 – 2023 sind diverse Massnahmen dazu beschlossen worden. Einen wichtigen Beitrag liefert dabei die Teilrevision des KEnG, welche per 1.1.2023 in Kraft getreten ist. Der Auftrag wird im Rahmen der Berichterstattung 2020 -2023 umgesetzt.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 6a: Zu Kapitel 4.5: Der Regierungsrat reduziert die raumplanerischen Hindernisse für die Wärmeerzeugung aus Holz und Biomasse und für die Wärmeverteilung (Wärmeverbund).	Der Kanton ist in Kontakt mit dem Bund um entsprechende Lösungen zu finden. Kantonsinterne Verbesserungen wurden in die Wege geleitet.	In Erarbeitung
			Planungserklärung 7: Zu Kapitel 7: Bei den einzelnen aufgelisteten Massnahmen sind insgesamt oder an Einzelbeispielen die daraus entstehenden Kosten aufzulisten und aufzuzeigen, wie der Kanton gedenkt sich daran zu beteiligen. Zudem ist das zu erwartende CO2-Einsparungspotenzial aufzuzeigen.	Der Auftrag wird im Rahmen der Berichterstattung 2020 -2023 umgesetzt.	In Erarbeitung

Perspektiven der Beteiligung an der BKW AG; Bericht RR	15.06.2021		Planungserklärung 3: In Analogie zum Vorgehen des Bundesrates bei der Swisscom AG, deren Aktien ebenfalls öffentlich gehandelt werden und der Bund auch eine Mehrheitsbeteiligung aufweist, macht der Regierungsrat folgendes: Der Regierungsrat legt die Eignerstrategie des Kantons die strategischen Ziele für die BKW AG mindestens alle vier Jahre fest und stellt im Rahmen der kantonalen Mehrheitsbeteiligung und unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben sicher, dass diese befolgt werden. Über die Zielerreichung wird dem Grossen Rat periodisch, mindestens einmal pro Legislaturperiode, Bericht erstattet.	Die Eignerstrategie wurde entsprechend der neuen PCG-Richtlinien aktualisiert und veröffentlicht vgl. <u>Beteiligungen des Kantons Bern</u> . Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat am Ende der Legislaturperiode 2023-2026 Bericht erstatten.	In Bearbeitung
Biodiversität und Versiegelung im Siedlungsraum. Bericht zur Umsetzung der als Postulat angenommenen Motion 171-2019 AeBi (Hellsau, SVP) «Biodiversität – Alle müssen ihren Beitrag leisten»	11.09.2023		Planungserklärung 1: Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten, welche Staatsbeiträge für freiwillige Massnahmen für die Biodiversität im Siedlungsraum ermöglicht. Mit den Staatsbeiträgen sollen insbesondere kommunale und regionale Biodiversitätsflächenplanungen gefördert werden, die ein Umsetzungsprogramm enthalten. Die Höhe der Beiträge soll dabei berücksichtigen, welche Themen nebst der Biodiversität zusätzlich abgedeckt werden (z.B. Naherholung, Anpassung an den Klimawandel, Sensibilisierung) und wie gross die Verbindlichkeit ist (z.B. rein freiwillig, qualitative und/oder quantitative Vorgaben).	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung
			Planungserklärung 2: Der Regierungsrat wird beauftragt, - eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zu lancieren, die sämtliche relevanten Zielgruppen umfasst (Kantonsstellen, Regionen, Gemeinden, Private, Gartenbaubranche, Planungs- und Ingenieur-Büros) - sicherzustellen, dass Behörden, Organisationen und Private einfach auf aktuelle digitale Informationen zum Thema «Grünplanung» und «Biodiversität im Siedlungsraum» zugreifen können.	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung
			Planungserklärung 3: Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Berücksichtigung der Biodiversität (insbesondere im Siedlungsraum) auch in den Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten und bei der Abstimmung verschiedener Planungen verstärkt zu berücksichtigen.	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung
			Planungserklärung 4: Der Kanton bezieht die Förderung der Biodiversität ausdrücklich in Planung und Beurteilung der eigenen Bauprojekte mit ein. Laufende Projekte werden überprüft und wo möglich gemäss Zielvorgaben angepasst.	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung
			Planungserklärung 5: Der Regierungsrat wird beauftragt, die oben genannten Aufgaben und die notwendigen finanziellen Mittel in die Aufgaben- und Finanzplanung aufzunehmen. Der Stellenetat ist neutral zu gestalten.	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung
			Planungserklärung 6: Begrünte Flachdächer, naturnahe Kiesflächen und andere, nicht versiegelte Flächen werden im Baubewilligungsverfahren als Grünfläche zur Bestimmung der erfordernten Grünflächenziffer angerechnet, wenn sie zur Biodiversität beitragen.	Die Arbeiten bezüglich der Umsetzung des Planungserklärung wurden aufgenommen (Stand Dezember 2023).	In Erarbeitung

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTION (WEU)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Amt für Landwirtschaft und Natur; Kantonsbeitrag an die Zweitmelioration Brüttelen – Treiten in den Gemeinden Brüttelen und Treiten (Kanton-Nr. 41995). Ausgabenbewilligung; Rahmenkredit; Verpflichtungskredit 2019 bis 2033	Winter 2019	Die landwirtschaftliche Nutzung muss nach der Melioration nachhaltig sein und die Fruchtbarkeit der Böden langfristig erhalten bleiben.	In einem ersten Schritt wurde der Ist-Zustand durch eine Bodenkartierung / Bodenbonitierung erhoben. Dies dient als Ausgangslage für weitere Massnahmen, u.a. zur Umsetzung der Auflage des Kreditgeschäftes.	In Bearbeitung
Bewilligung Staatsbeiträge an die öffentlichen regionalen Energieberatungsstellen des Kantons Bern 2024–2027	Winter 2023	Die Staatsbeiträge an die öffentlichen regionalen Energieberatungsstellen des Kantons Bern 2024–2027 sind aufgrund der fachlichen Notwendigkeit auf das im gesetzlichen Rahmen mögliche Maximum von CHF 1.50 pro Person (Art. 56 Abs. 3 KEnG) anzuheben.	Die Beiträge werden auf das mögliche Maximum von CHF 1.50 pro Person angehoben.	In Bearbeitung